

die Einrichtung von Untersuchungskommissionen aber auch der Erlass von Richtlinien zur Prävention ebenso wie zur Handhabung konkreter Fälle zählen (vgl. HK, Dezember 1990, 555 f. und HK, August 1993, 429). Es war aber wohl dieser Prozeß, der beispielsweise zu einer Klärung im „Fall“ des Erzbischofs von Chicago, *Kardinal Joseph Bernardin*, verhalf. Auch dieser war im vergangenen Jahr mit massiven, in der Öffentlichkeit vorgetragenen Vorwürfen konfrontiert. Nach einer eidestattlichen Erklärung Bernardins zog der Beschuldigte die Vorwürfe zurück.

Ein solcher offensiver Umgang muß dabei allerdings einen doppelten Bezugspunkt haben: Zum einen kann sich die Kirche nicht einfach diesem eminent wichtigen gesellschaftlichen Problem verschließen. Wie hoch oder niedrig die Dunkelziffern, wie schwierig statistische Erhebungen in diesem Fall, wie problematisch die strafrechtliche Verfolgung und Minderjährige als Zeugen vor Gericht auch sein mögen – wer die Brisanz in irgendeiner Form zynisch herunterzuspielen versucht, dem kann und soll auch die Kirche entgegenreten. Verpflichtend ist dabei sicher nicht nur das rein quantitative Ausmaß der sexuellen Verfehlung gegenüber Kindern, sondern sind vielmehr die daraus entstandenen psychischen Schäden, die von leidvoller Selbstverachtung, lebenslangen Beziehungsstörungen bis hin zur latenten Suizidgefährdung reichen.

Der andere Bezugspunkt: Sexueller Mißbrauch von Kindern ist keineswegs ein ausschließliches Problem zölibatär lebender Kleriker; davon sind etwa auch – besonders bedrückend – Väter und Mütter betroffen. Nur: Jeder Fall ist anders gelagert und deshalb ist es unzulässig ganze Gruppen an den Pranger zu stellen. Das gilt auch für Kleriker. Aber deshalb ist eben auch größtmögliche Transparenz und Ehrlichkeit im Umgang mit diesem Thema nötig. Denn nicht zuletzt brauchen hier „kranke“ Menschen Hilfe. Diese wird dort vorenthalten, wo vertuscht, ein Problem schlicht geleugnet, nicht wahrgenommen wird. fo

## Zweischneidig

*Kann Religion unsere Gesellschaft zusammenhalten?*

Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebe von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren könne. So schrieb *Ernst-Wolfgang Böckenförde* in einem 1967 erstmals erschienenen Aufsatz über die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. Er hätte sich damals wohl kaum träumen lassen, welche erstaunliche Karriere dieser Satz noch machen würde: Seit einigen Jahren hat man den Eindruck, er sei in fast aller Munde, jedenfalls im Mund derer, die sich über den inneren Zusammenhalt unseres Gemeinwesens mehr oder weniger ernsthaft Gedanken machen.

Aber auch abgesehen davon, daß jenes vor fast dreißig Jahren niedergeschriebene Diktum beinahe schon zu selbstverständlich herumgereicht wird, das damit angezeigte Problem ist heute mehr als virulent. Böckenförde selber hat seine damals geäußerte These jetzt auf einem von der baden-württembergischen Landesregierung veranstalteten Kongreß Anfang April in Karlsruhe bestätigt und dem die Fragen hinzugefügt: „Woraus ergeben sich solche gemeinsamen Grundauffassungen und inneren Regulierungskräfte der Freiheit? Können sie aus der Freiheit selbst hervorgehen oder haben sie ihren Grund in etwas, das der Freiheit vorausliegt? Und was ist zu tun, daß sie sich in der Abfolge der Generationen forttragen lassen?“

Der Kongreß stand unter dem Generalthema „Was hält die moderne Gesellschaft zusammen?“ Die Antworten auf diese Frage fallen heute unterschiedlich aus; als Kandidaten für die Funktion, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten, taucht die Nation auf, ebenso der Gemein-sinn oder auch der Rechtsstaat. Von der *Religion* ist weit weniger die Rede,

und das ist auch durchaus verständlich: Der gesellschaftliche Einfluß der großen christlichen Kirchen ist zurückgegangen, die meisten ihrer nominellen Mitglieder bewegen sich in – eher freundlicher oder skeptischer – Distanz zu ihren Lehren und Grundvollzügen, Religion begegnet in der Gesellschaft in sehr fragmentierter Form, als individuelle Option ohne verbindliche gemeinsame Gestalt.

In Karlsruhe faßte der Konstanzer Soziologe *Thomas Luckmann* die Lage folgendermaßen zusammen: Die modernen religiösen Themen entspringen hauptsächlich den subjektiven Erfahrungen und beruhen vorwiegend auf Gefühlen und Empfindungen. Die privatisierte soziale Form der Religion, die ohne Monopol eines einzigen religiösen Kerns der Weltsicht und ohne einheitliche und spezialisierte gesellschaftliche Verortung der Religion auskomme, werde sehr wahrscheinlich von längerer Dauer sein.

Es spricht zwar manches dafür, daß es in der entfalteten Moderne, wie wir sie heute erleben, so etwas wie „religionsproduktive“ Tendenzen gibt, daß zumindest das gesellschaftliche Klima religionsfreundlicher bzw. -offener geworden ist. Der katholische Religionssoziologe *Karl Gabriel* sprach von einer Tendenz zur Revitalisierung religiöser und ethischer Fragen und von einem heute auszumachenden „Religionsbedarf“. Für die christlichen Kirchen ist ein solcher Bedarf allerdings ein zweischneidiges Schwert, werden sie doch leicht in eine Rolle gedrängt, die sie nicht spielen dürfen oder mit Bedürfnissen konfrontiert, die sie ohne Selbstverleugnung nicht befriedigen können.

Der erhellendste Beitrag zum Thema Religion kam auf dem Karlsruher Kongreß vom Tübinger evangelischen Systematiker *Eberhard Jüngel*, der seit eh und je hochkarätige Theologie mit nüchternem Wirklichkeitssinn zu verbinden weiß und überdies die Gabe der pointierten Formulierung besitzt. Jüngel machte mit aller wünschenswerten Deutlichkeit klar, daß der christliche Glaube nicht Kitt für die



Gesellschaft sein dürfe; dafür sei er viel zu schade. Nicht von einer alles überwölbenden Größe werde die heutige Gesellschaft zusammengehalten, sondern von einzelnen Überzeugungsgemeinschaften, darunter nicht zuletzt die Kirchen.

Auch darauf wies Jüngel hin: Was in unserer Gesellschaft an „Zivilreligion“ und an „Privatreligion“ existiert, verdankt seinen Fundus weitgehend der positiven, institutionalisierten Religion des Christentums. Die Kirche wiederum forderte er dazu auf, zum einen ihre „weltlichen Kinder“ in Gestalt säkularisierter christlicher Errungenschaften zu „segnen, statt sie sozusagen in den Mutterschoß zurückzufordern“, zum anderen aber der wachsenden Entkirchlichung mit der Verkündigung des Evangeliums entgegenzutreten: „Die christliche Kirche könnte ja wiederentdecken, daß sie ihrem Wesen nach eine missionierende Kirche ist.“

Voltaire schrieb seinerzeit, wenn es Gott nicht gäbe, müßte man ihn erfinden. Den Legitimations- und Integrationsproblemen heutiger Gesellschaft läßt sich nicht mit erfundenen Göttern oder künstlich produzierter Zivilreligion begegnen. Aber auch die Möglichkeiten der Christen und ihrer Kirchen sind und bleiben begrenzt. Gerade deshalb ist es wichtig, daß sie ihren Beitrag zum Zusammenhalt der modernen Gesellschaft auch weiterhin unverdrossen zu leisten versuchen. ru

## Unberechenbar

*Der Deutsche Caritasverband und das „Prophetische“*

Die seit Jahren geführte Diskussion (vgl. HK, April 1993, 177 ff.; 319 ff.) über ein Leitbild des Deutschen Caritasverbandes tritt in eine neue Phase. Seit einigen Wochen liegt ein erstes Diskussionspapier dazu vor (abgedruckt in: Caritas, März 1995, 100 ff.). Darin werden mögliche Inhalte eines zu entwickelnden Caritas-Leitbildes

aufgezeigt. Auf der Basis erwarteter und erhoffter Rückmeldungen soll im Herbst ein erster formeller Entwurf des künftigen Leitbildes erarbeitet werden.

Zentraler Begriff dieses Papiers ist der des „Prophetischen“. Die Kirche führe das Grundanliegen der prophetischen Tradition fort, heißt es da, indem sie „auf Not aufmerksam macht, Strukturen der Ungerechtigkeit aufdeckt und zur Erneuerung von Staat und Gesellschaft auffordert.“ Im karitativen Engagement finde die prophetische Dimension einen sichtbaren Ausdruck. Die Caritas verstehe sich als in der prophetischen Tradition stehend.

Die Ausrichtung an der prophetischen Tradition ist in mancherlei Hinsicht naheliegend. Bis heute macht es Mühe, die Caritas von ihrem „Image“ des Almosen-Gebens zu befreien. Einer richtig verstandenen Caritas muß es immer wieder auch um Einsatz für *Gerechtigkeit* gehen. Sie kann es nicht dabei bewenden lassen, hier und da individuelle Not zu lindern, Pflästerchen auszuteilen, aber die Frage nach krank machenden Strukturen anderen zu überlassen. Sie darf u.U. auch nicht davor zurückschrecken, Unbequemes zu sagen, sich (politisch) einzumischen. Politische Zustimmungsfähigkeit kann für sie nicht das allein ausschlaggebende Kriterium sein. In biblischer Sprache verbindet man dies gewöhnlich mit dem Prophetischen.

Allerdings ist dieser Rückgriff auf das so Naheliegende nicht unproblematisch. Die Wirklichkeit der Caritas-Arbeit in Deutschland wird in einem solchen Begriff nur begrenzt abgebildet. Selbst wenn man unterstellt, ein solches Leitbild solle nicht nur den Ist-Zustand wiedergeben, bleibt hier ein Problem. Der größte Teil der Caritas-Arbeit stellt die gesellschaftlichen Plausibilitäten nicht in Frage, sondern ist Wahrnehmung eines allseits bejahten und politisch gewollten sozialstaatlichen Auftrags.

Mit anderen Worten: „Die Caritas hat Anteil an der flächendeckenden Grundversorgung der Bevölkerung im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich“, wie es in dem Diskussionspa-

pier dazu heißt. Dies tut sie obendrein in einem Land, das privaten Trägern, gerade auch den kirchlichen, auf Grund der gesetzlich verankerten, subsidiären Aufgabenverteilung vergleichsweise weitreichende Arbeitsmöglichkeiten einräumt. Diesen „Dienst am Menschen“ erfüllt ein kirchlicher Träger wie der Caritasverband im Sinne dessen, was aus der modernen Gesellschaft an Sozialstaatlichkeit nicht wegzudenken wäre. So mißverständlich, verbraucht und einer säkularen Öffentlichkeit schwer vermittelbar solche Begriffe immer auch sein mögen, die christliche Tradition nennt dies Bruderdienst, Diakonia.

Das typisch moderne Problem beginnt dort, wo einerseits dieser kirchliche Dienst am Menschen sich nur wenig unterscheidet von dem Angebot anderer „Anbieter“, andererseits aber diese institutionalisierten Verantwortlichkeiten der Kirchen im Sozialbereich in eine gewisse Schieflage zum geistig-geistlichen Gewicht der Kirchen in der Gesellschaft insgesamt zu geraten drohen. Ersterem will man mit mehr Unterscheidbarkeit entgegenwirken, letzterem nach der Devise „weniger ist mehr“ entsprechen.

Die einen suchen die Unterscheidbarkeit in mehr individueller Verwurzelung der 400 000 Mitarbeiter des Caritasverbandes im christlichen Glauben; ihre Konzeption ließe sich möglicherweise bei einem quantitativ redimensioniertem kirchlichen Engagement wirkungsvoller durchsetzen. Die anderen suchen die Unterscheidbarkeit im prophetisch-kritischen, gesellschaftsreformerischen Profil der Arbeit. In bezug auf die Glaubensbiographie gehen letztere eher davon aus, daß sich innerhalb des Caritasverbandes eine etwa ähnliche Pluralität an Einstellungen und Haltungen zum Glauben wiederfindet wie im Durchschnitt der Gesellschaft. Unterscheidbar soll vor allem die Arbeit selbst sein.

Beiden Tendenzen geht es um das Überleben kirchlichen Engagements im *Kontrast* zur übrigen Gesellschaft. Aber beide sind in Gefahr, die vielfältige Verwobenheit mit ihr und Verwie-